

Pakistans Regierung will den Präsidenten loswerden – Amtsenthebungsverfahren könnte schon Montag starten

Es wird eng für Pervez Musharraf

Von WZ-Korrespondentin Agnes Tandler

■ Teilnahme an Olympia-Eröffnung abgesagt.

■ Dem Land droht eine weitere Destabilisierung.

Neu Delhi. Es wird eng für den Präsidenten. Er muss schon am Montag ein Amtsenthebungsverfahren fürchten. Das Land könnte dadurch noch instabiler werden – mit unabsehbaren Folgen für die ganze Region.

Das Flugzeug steht bereit. Doch Pakistans Präsident Pervez Musharraf will nicht nach China fliegen, wo er wie viele andere Staatsoberhäupter an der Eröffnungsfeier der olympischen Sommerspiele teil-

nehmen wollte. Nicht moralische Empörung über Menschenrechte haben den Ex-General seine Reisepläne ändern lassen, sondern ein gefährliches politisches Machtspiel auf heimischem Boden. Musharraf muss befürchten, dass die Regierungskoalition in Islamabad schon am Montag ein Amtsenthebungsverfahren gegen ihn einleitet.

Dass Musharraf seine Reise nach Peking am Donnerstagabend noch nicht angetreten hatte, werten viele in Islamabad als ein Zeichen, dass die Lage ernst ist. Pakistan und China sind seit Jahren enge Verbündete.

Bei den Wahlen im Februar hat die Musharraf nahestehende Partei PML-Q eine schwere Niederlage erlitten. Die neue, ziemlich wackelige Regierung aus Musharraf-Gegnern erklärt

seitdem, sie wolle den Präsidenten loswerden, doch der frühere Militärführer hält sich trotzig im Amt. Er werde sich verteidigen, falls das Parlament über ein Amtsenthebungsverfahren befinden werde, sagt er.

Uneinigkeit in der Regierungskoalition

Die Regierungskoalition aus zwei früheren Erzfeinden, der Pakistanischen Volkspartei (PPP) und der Muslim-Liga-N (PML-N) kann sich nicht auf ein gemeinsames Vorgehen gegen den Präsidenten einigen.

Beide erklären vollmundig, Musharraf müsse von der politischen Bühne verschwinden, doch wie das geschehen soll, darin waren sie stets uneinig. Die PML-N unter Führung von Nawaz Sharif hat ihre Minister aus dem Kabinett zurückgezogen, weil es ihr mit Musharraf's Abgang nicht schnell genug geht. Die PPP hingegen hat es nicht besonders eilig. Musharraf sei ziemlich „unbedeutend“, die wirkliche politische Macht liege beim



Pakistans Präsident Pervez Musharraf stehen unruhige Tage bevor. Foto: ap/Shakil Adil

Premierminister, meinte jüngst Premier Yusuf Raza Gillani von der PPP.

Nun haben sich die beiden Parteien nach dreitägigen Beratungen im Entwurf offenbar darauf verständigt, dass die Nationalversammlung am kommenden Montag in einer Sondersitzung über ein Amtsenthebungsverfahren gegen Musharraf beraten soll.

Die Regierung verfügt im

Parlament über eine komfortable Mehrheit. Dennoch – Pakistans Parlamentarier sind dafür bekannt, mit der Gunst der Mächtigen zu stimmen. Und die wahre Macht hat in Pakistan stets beim Militär gelegen. Ob die Armee noch loyal zu Musharraf steht, ist die große Frage.

Die Gillani-Regierung ist schwach. Taliban- und Al-Kaida-Kämpfer nutzen die

Instabilität, um sich im unwirtlichen Grenzgebiet zwischen Pakistan und Afghanistan neu aufzustellen.

Die Position des in Pakistan traditionell mächtigen Militär- und Geheimdienstapparats ist völlig undurchsichtig. Ein Verfahren gegen Pervez Musharraf könnte das Land noch weiter destabilisieren – mit schweren Folgen für die gesamte Region. ■

Roadtrip to the White House



Ein Wahlkampf quer durch Amerika

Von Matthias G. Bernold

Gott in Stahlland

Von Philadelphia fahren wir nach Pittsburgh, wo wir kurz Halt machen, und weiter nach Steubenville. Die 19.000-Einwohner-Stadt liegt im Dreiländereck zwischen Pennsylvania, Ohio und West Virginia – berühmt ist sie für ihre Stahlindustrie (oder was davon übrig blieb). Bevor mir jedoch der erste Arbeiter begegnete, traf ich Gott.

Neben dem Motel befindet sich nämlich der maleisch auf einer bewaldeten Anhöhe gelegene Kampus der Franciscan University, die enge Beziehungen nach Österreich unterhält. Jedes Jahr gehen 150 Studenten in die Kartause Gaming, um ein Semester lang das Klosterleben kennen zu lernen.

„Das spezielle hier“, erklärt Jonathan Bratten, der gerade sein Studium abgeschlossen hat und jetzt bei der Nationalgarde dient, „ist die Verwebung von Wissen und Glauben“. Von den 2.400 Studenten belegt ein Drittel Theologie oder Katechismus, der Rest lernt weltliche Fächer, darunter Krankenpflege, Wirtschaft und Biologie. Zumindest zwei Wochenstunden Religion sind Pflicht. Außerdem sind die Lernenden in Betgruppen organisiert. „Wir beten jeden Tag miteinander“, erzählt mir Kate Hermann, „das gibt uns Halt“. Drei Mal täglich wird die Messe gelesen. „Die Kapelle ist immer voll“, sagt Pater Richard Davis stolz.

Spirituell liegt die 1946 gegründete Institution auf Papstlinie oder rechts davon. Abtreibung wird abgelehnt – Stammzellenforschung, Euthanasie oder Sex vor der Ehe ebenso. „Alkohol ist in Maßen erlaubt“, erklärt Studentin Emmy Schweitzer: „Wir müssen auch nicht betrunken sein, um Spaß zu haben.“ Trotz der Missbrauchsaffären in der katholischen Kirche kommen Studenten von überall aus den USA. „Die Eltern schätzen, dass wir in jeder Klasse ein Kreuzifix haben“, weiß Sprecher Tom Sofio.

Wird in Steubenville auch Evolution unterrichtet? „Ja, wir lernen darüber“, sagt Bratten, „aber für uns ist nicht wichtig, ob der Mensch vom Affen abstammt. Entscheidend ist, dass es Gott ist, der allen Lebewesen eine Seele einhaucht.“

Alle Beiträge dieser Rubrik unter:
www.wienerzeitung.at/roadtrip

mgberbold@gmail.com

Putschisten in Mauretanien versprechen freie Wahlen

■ General Abdelaziz übernimmt Vorsitz eines „Staatsrates“.

Nouchakchott. Einen Tag nach dem Militärputsch im westafrikanischen Mauretanien haben die neuen Machthaber angekündigt, sobald wie möglich Präsidentenwahlen abzuhalten. In einer Erklärung der Militärjunta hieß es, die Wahlen sollen frei und transparent sein. Ein genaues Datum wurde jedoch nicht bekanntgegeben.

Bis zu den Wahlen werde das Land von einem elfköpfigen Staatsrat regiert, hieß es am Donnerstag. Den Vorsitz dieser Militärjunta übernahm der Kommandant der Präsidentengarde, General Mohamed Ould Abdelaziz.

Der Staatsstreich wurde international verurteilt. Die USA drohten mit einer Kürzung der Finanzhilfen und forderten die Freilassung von Präsident Sidi Mohamed Ould Cheikh Abdallahi und von dessen Ministerpräsidenten. Beide waren

Mittwoch vom Militär festgenommen worden. Auslöser des Staatsstreichs war die Entlassung mehrerer hoher Offiziere durch den Präsidenten.

Der Abgeordnete Mohamed al-Mukhtar sagte dem arabischen Satellitensender Al-Jazeera, viele Bürger unterstützten den Staatsstreich. Er bezeichnete die gestürzte Regierung als autoritäres Regime. Erst kürzlich forderten 69 der 95 Abgeordneten im Parlament von Nouakchott den Rücktritt des Präsidenten. ■

Regionalwahlen im Irak sollen verschoben werden

■ Wahlkommission: Termin 1. Oktober nicht einzuhalten.

Bagdad. Die für den 1. Oktober geplanten Regionalwahlen im Irak sollen verschoben werden. Der ursprünglich vorgesehene Termin sei aufgrund von Verzögerungen im Gesetzgebungsverfahren nicht einzuhalten, teilte die Wahlkommission am Donnerstag in Bagdad mit.

Nach der Verabschiedung

des erforderlichen Wahlgesetzes seien drei Monate für die Organisation des Wahlgangs erforderlich, sagte Hamdiya al-Husseini von der Wahlkommission. Die Abgeordneten des Parlaments in Bagdad waren am Mittwoch in die Sommerpause abgereist, ohne das Gesetz über die Wahlen zu verabschieden. Die Regionalwahl soll unter der Aufsicht der UNO abgehalten werden. Widerstand gegen eine Abhaltung der Wahlen nach den bisher geplanten

Regeln kommt vor allem von den Kurden im Norden des Landes.

Die Verschiebung kommt ungelegen für die US-Regierung. Präsident George W. Bush hatte den Wahlgang als Etappe auf dem Weg der innenpolitischen Versöhnung im Irak bezeichnet.

Der amerikanische UN-Botschafter Alejandro Wolff stellte unterdessen fest, dass die Zahl der Anschläge im Irak im vergangenen Jahr um 84 Prozent zurückgegangen ist. ■

Rice: Dem Iran drohen neue Sanktionen

■ Moskau warnt vor „überstürzten“ Maßnahmen.

Washington. Dem Iran drohen im Atomstreit neue Sanktionen. US-Außenministerin Condoleezza Rice wies die iranische Reaktion auf das jüngste Angebot der fünf UN-Vetomächte und Deutschlands als eine „nicht wirklich ernsthafte Antwort“ zurück. Da Teheran offenbar nicht gewillt sei, die Urananreicherung aufzugeben, seien neue wirtschaftliche Sanktionen gegen den Iran wahrscheinlich, sagte Rice.

Die Veto-Mächte und Deutschland seien sich einig, dass der nächste Schritt die Beratung neuer Sanktionen im UN-Sicherheitsrat sei. Auch der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat dem Iran inzwischen indirekt mit neuen Sanktionen gedroht.

Russland warnte dagegen vor einer überstürzten Annahme neuer Sanktionen und plädierte für weitere Verhandlungen.

Unterdessen nahm der Vize-Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA, Olli Heinonen, am Donnerstag in Teheran neue Gespräche über das umstrittene Atomprogramm auf. ■